

Zu wenig Behinderte wählen die Selbstständigkeit

Autor(en): **Bühlmann, Beat**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **102 (2008)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-924045>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Otto Ineichen, Luzerner FDP-Nationalrat und Initiator von „Job-Passerelle“, äussert sich zur Integration von Menschen mit Behinderung

Text: InsoS-Infos Januar 2008

„Eine Vielzahl von Institutionen, staatlicher, halbstaatlicher oder privater, befassen sich mit der Integration. Eine schnelle Wiedereingliederung verbessert Lebensqualität und soziale Integration der Menschen und es können dadurch gewaltige Summen gespart werden.“

schaffen. Vertrauen beim Unternehmertum, Vertrauen aber auch bei den betroffenen Menschen. Der Erfolg, die Stärke von Job-Passerelle liegt in der Zusammenarbeit aller am Integrationsprozess Beteiligten. Dies setzt eine umfassende Vernetzung aller Organisationen voraus, damit möglichst wenig Institutionen mit entsprechenden Dossiers an Unternehmen gelangen.

Um dies zu erreichen, haben wir die Zusammenarbeit mit JobScout24 aufgelegt. JobScout24 hat grosse Erfahrung darin, Menschen und Angebote zusammenzubringen. Ab Januar 2008 wird die innovative Online-Plattform Technologie auf der Website www.jobpasserelle.ch integriert. Unternehmen können dort die offenen Stellen für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen ohne Kostenfolge publizieren. Zudem werden anonymisierte Profile von Stellensuchenden aufgeschaltet, damit das Unternehmertum diese Personen ebenfalls anonym kontaktieren kann.

Job-Passerelle hat bewiesen, dass es sich lohnt, mit unkonventionellen Instrumenten zu arbeiten. Durch persönliche Kontakte mit Unternehmern anlässlich von Unternehmerfrühstücken und bei Referatsreihen in Service-Clubs gelang es innert Wochen, Menschen mit einer gesundheitlichen Einschränkung wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern, die jahrelang auf die berufliche Integration warteten. Diese ersten Erfahrungen bestätigen, dass es eine unabhängige Stelle wie Job-Passerelle braucht, welche das Unternehmertum in der Schweiz direkt von „Unternehmer zu Unternehmer“ anspricht.

Hier will Job-Passerelle in Zukunft vor allem aktiv sein und in enger Zusammenarbeit mit den Partnern Integration ermöglichen. Letztlich schlägt es auf das einzelne Unternehmen und die ganze Wirtschaft zurück, wenn hohe Rentenkosten via höhere Prämien finanziert werden müssen.

Job-Passerelle will helfen, die Unzulänglichkeiten in den administrativen Prozessen zu beheben. Damit trägt sie auch bei, das Image der IV-Stellen und der Behindertenorganisationen beim Unternehmertum zu verbessern.

Job-Passerelle hat nur ein Ziel, wie das Unternehmertum generell, möglichst viele Leute möglichst schnell und unkonventionell einzugliedern. Dies setzt aber bei allen Beteiligten ein klares Umdenken voraus.“



Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen sollen, wenn möglich, in Regelklassen geschult werden. Bild Andree-Noelle Pot/KEYSTONE

Zürcher Gemeinden haben Mühe mit der Reform der Sonderpädagogik

Text: NZZ vom 8. Januar 2008

Die Reform der Sonderpädagogik stösst bei den Zürcher Gemeinden auf Skepsis und Widerstand. Die Umsetzung der übrigen Elemente der Volksschulreform verläuft laut einer Umfrage positiv.

Die Schulen im Kanton Zürich gleichen einer Grossbaustelle; zurzeit setzen die Gemeinden die Reformen des neuen Volksschulgesetzes um. Der neueste Schritt: Seit Anfang Jahr gehört der Kindergarten zur kantonalen Volksschule, ab nächsten Sommer ist sein Besuch somit nicht mehr freiwillig, sondern obligatorisch. Derart problemlos wie bei der Kantonalisierung des Kindergartens verläuft die Umsetzung der Reform allerdings nicht überall. Wenig Freude bereitet den Gemeinden der Systemwechsel bei der Sonderpädagogik, wie eine interne Umfrage der Bildungsdirektion ergab. Befragt wurden 21 Gemeinden unterschiedlicher Grösse und mit unterschiedlicher sozialer Struktur. Auf einer Skala von 1 bis 10 resultierte für die Reform der Sonderpädagogik die Note 4,5, wobei der Wert 1 für „kein Gewinn“ steht und der Wert 10 für „sehr grosser Gewinn“.

Die eher schlechte Note dürfte damit zusammenhängen, dass die Reform einen fundamentalen Wechsel darstellt, der Unsicherheiten auslöst. Künftig werden Kinder mit Schulschwierigkeiten nämlich nicht mehr in Sonderklassen eingeteilt, sondern unter dem Titel „integrative Förderung“ in die Regelklasse integriert. Dort werden sie zwar von einer schulischen Heilpädagogin regelmässig unterstützt, folgen sonst aber dem normalen Schulunterricht. Sonderklassen zu bilden, ist zwar weiterhin erlaubt, doch weil der Kanton die Anzahl Lehrstellen den Gemeinden fix zuteilt, sind die personellen Möglichkeiten sehr begrenzt. Wie Urs Meier vom Volksschulamt erklärt, bringt das die

Zu wenig Behinderte wählen die Selbständigen

Text: Beat Bihlmann in Tages-Anzeiger vom 26./27. Januar 2008

Dank der persönlichen Assistenz können Behinderte zu Hause leben. Doch der Pilotversuch ist kostspieliger als erwartet, und viele bleiben lieber im Heim. Nun wird das Modell überprüft.

Seit eineinhalb Jahren wohnt Ines Brazero in der eigenen Wohnung. Sie 47-jährige Frau leidet unter einem progressiven Muskelschwund und ist fast ständig auf Hilfe angewiesen. Sie hat das Heim im Freiburger Seeland verlassen und inzwischen ein Netz von acht Personen aufgebaut, die ihr im Alltag beiseite stehen. „Es ist kein einfacher Weg“, sagt sie, „aber ich möchte es nicht mehr anders.“ Sie bestimme selber über ihr Leben, habe ein Privatsphäre in den eigenen vier Wänden. „So lange es mein Gesundheitszustand zulässt, möchte ich nicht ins Heim zurück“, sagt Brazero. Seit zwei Jahren läuft in den Kantonen der Pilotversuch Assistenzbudget, an dem sich 221 Behinderte beteiligen. Sie erhalten im Durchschnitt pro Monat 4400 Franken, um sich die Unterstützung im eigenen Haushalt selber zu organisieren. „Das Modell funktioniert und ist eine taugliche Alternative zum Heimaufenthalt“, sagt Katharina Kanka, Präsidentin der Fachstelle Assistenz Schweiz (Fassis). „Denn die Selbstbestimmung der Behin-

derten wird gestärkt.“ Auch der wissenschaftliche Zwischenbericht des Bundes zum Pilotversuch fällt positiv aus. „Ihre Lebensqualität ist in den Bereichen Selbstständigkeit, finanzieller Handlungsspielraum und soziale Integration massiv gestiegen.“

Zögerliche Informationspolitik

Obschon das Assistenzbudget im Verhältnis zu den Heimkosten eine kostengünstige Alternative ist, stieg der Aufwand pro Person um 3000 Franken im Jahr. Zum einen war der Anteil der schwer Behinderten höher als erwartet, zum anderen die Zahl der Heimaustritte deutlich geringer als prognostiziert. Nur 26 Personen haben die Behinderteninstitution verlassen; das sind zehn Prozent aller am Pilotprojekt Beteiligten. Die anderen lebten schon vorher zu Hause und konnten mit der Assistenz vor allem die Angehörigen entlasten - oder zumindest entschädigen. Kosteneinsparungen waren so nicht möglich. „Es war zu erwarten, dass die Behinderten nicht in Massen die Heime verlassen werden“, sagt Kanka.

Warum diese Zurückhaltung? Gemäss Evaluation haben die Behinderteninstitutionen das Projekt nicht aktiv propagiert und nur zögerlich darüber informiert. Das habe den Pilotversuch gebremst. Sie hätten 120 Heime abgeklappert, berichtet die Fassis-Präsidentin Kanka, doch nur vier seien an Infoveranstaltungen interessiert gewesen. Kurt W. Meier, Präsident des Heimverbandes InsoS, räumt ein, dass die Heime wenig Engagement gezeigt hätten. Manche

Jährlich werden in der Schweiz hunderte von Millionen Franken für die Integration aufgewendet. Der nachhaltige Erfolg ist noch zu wenig effizient. Der Grund mag darin liegen, dass die Arbeitsweise dieser Institutionen zu statisch und zu bürokratisch ist. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit ist noch kaum vorhanden. Dies wollen wir mit Job-Passerelle ändern.

Die Wiedereingliederung ist Teamwork und es braucht dazu kooperative Arbeitgeber. Gemeinsam ist schnelles und unbürokratisches Handeln gefragt. Dahinter steht die Erkenntnis, dass ein zu langsames Verfahren sogar krank zu machen bzw. Gesundheitszustände zur Chronifizierung zu bringen vermag.

Job-Passerelle hat deshalb die prioritäre Aufgabe, die Basis für Vertrauen zu

Die 21 befragten Gemeinden zählen insgesamt 10400 Volksschüler, das sind rund 10 Prozent aller Volksschüler im Kanton. Interviewt wurden für die Erhebung jeweils Vertreter der Schulpflege, der Lehrkräfte, der Schulleitung, der Schulverwaltung und der Steuergruppe für die Umsetzung der Reform. Zu den anderen Reformelementen äusserten sich diese Personen positiv.

Die Einführung der Schulleitung beispielsweise wurde mit den Noten 8,4 (für den Gewinn auf Gemeindeebene) und 7,8 (Gewinn für die Schule) bewertet. Einen Wert von über 8 erlangte auch die Kantonalisierung des Kindergartens. Der Aufbau von ausserschulischen Betreuungsangeboten wird ebenfalls sehr positiv bewertet. Eher durchschnittlich fällt das Urteil zu den Blockzeiten aus. Sie kommen in der pädagogischen Bewertung der Gemeinden auf eine Note von 6,5. Wie das kantonale Schulblatt, das die Umfrageresultate am 7. Januar 2008 publiziert, schreibt, werden die Blockzeiten aber von den Eltern mehrheitlich positiv bewertet.



Ins Heim möchte Ines Brazero nicht mehr zurück, auch wenn das selbstständige Leben nicht einfach ist.

Bild Peter Lauth

Beat Böcklis

Text: René Donzé im Tages-Anzeiger

Der ehemalige Winterthurer SP-Gemeinderat Beat Böckli hat ein Bistro gegründet, in dem psychisch Beeinträchtigte essen und arbeiten können. Anlass war auch seine eigene Depression.

Bis vor drei Jahren war die Welt für Beat Böckli noch in Ordnung. Der damals 51-Jährige hatte Familie, einen guten Job als Lehrer und war SP-Parlamentarier im grossen Gemeinderat Winterthur. „Ich hätte nie gedacht, dass mir so etwas einmal passieren könnte“, sagt er heute. Er sitzt im Restaurant Dimenison, dem Restaurant an der Neustadtgasse, in dem psychisch angeschlagene Menschen tagsüber Gäste bewirten - kranke und gesunde. Das Haus mit dem Restaurant gehört ihm und seiner Frau, das Konzept ist eng mit Böcklis eigener Geschichte verbunden.

Mit „so etwas“ meint Böckli die Depression, die ihn im Sommer 2004 überfiel. Wann und wie genau, kann er nicht sagen. Es hatte schon begonnen, bevor er notfallmässig ins Spital musste, weil sein Zwölffingerdarm gerissen war. „Ich hätte innert Stunden tot sein können.“ Nach der Operation fiel er in ein Loch. „Du fühlst dich weit unten, leer und schuldig. Alles dreht sich nur noch um deine Krankheit, und du hast das Gefühl, dass du nie mehr da herauskommst“, beschreibt er den Zustand, in dem er sich befand. Geholfen haben ihm Geduld und Arbeit. Nach vier Monaten ging Böckli wieder in die Schule und in den Ratsaal. Aber lange Zeit freudlos, ohne Energie. Darum verliess er bald die politische Bühne. Nur langsam und zäh ging es aufwärts. Im Frühjahr 2006 war es so weit. Er kündigte „ins Blaue hinaus“ den Lehrerberuf, um etwas Neues zu machen. Dieses Neue entstand im Restaurant Dimensione in seinem Haus in der Altstadt Winterthurs. Wo abends junge Pächter eine Bar führen, wollte Böckli tagsüber ein Bistro von und für Menschen betreiben, die - wie er - mit psychischen Problemen zu kämpfen haben oder hatten, und ihnen die Möglichkeit bieten, in einem Team mitzuwirken, um so schrittweise wieder in die Arbeitswelt

Institution befürchte, mit der Assistenz kämen ihr die Behinderten abhanden. Die Angst, dass sich die Heime leeren könnten, sei aber verfehlt, sagt Meier. Ein Grossteil der Behinderten sei auch künftig auf die Institution angewiesen.

Kurt W. Meier leitet selber im Bernbiet ein Heim für geistig behinderte Menschen und steht ohne Vorbehalte hinter dem Projekt Assistenz. Jeder Mensch mit Behinderung müsse selber entscheiden können, ob er im Heim oder in der eigenen Wohnung leben wolle. Dass sich bis jetzt nur so wenige aus den Heimen verabschiedet hätten, führt Meier auf den provisorischen Charakter des Pilotversuches zurück. „Viele wollen das sichere Bett im Heim nicht aufgeben, um nicht später allenfalls im Regen zu stehen.“

Genau aus diesem Grund müsse der Bund das Assistenzbudget definitiv auf nationaler Ebene einführen, sagt Barbara Marti, Zentralsekretärin von Agile, der Behinderten-Selbsthilfe Schweiz. Auch CVP-Ständerat Eugen David, Mitglied der Sozialkommission, hält trotz finanziellem Mehraufwand am neuen Modell fest. Die Assistenz müsse gesetzlich verankert werden. Notfalls will er dem Bundesrat mit einer parlamentarischen Initiative auf die Sprünge helfen. „Die Selbstbestimmung der Behinderten muss im Vordergrund stehen.“

Weniger Geld für Angehörige?

Der Bundesrat hat den Pilotversuch vorerst um ein Jahr bis Ende 2009 verlängert und von Sozialminister Pascal Couchepin gleichzeitig Anpassungen verlangt, um die Kosten zu senken. Was das bedeutet

könnte, ist laut Projektleiter Peter Eberhard vom Bundesamt für Sozialversicherung noch unklar. Zum einen könnten die Entschädigungen, etwa für die Angehörigen, reduziert, zum anderen die Zielgruppe enger gefasst werden. Zudem müsse geklärt werden, ob die Kantone zur Finanzierung des Assistenzbudgets beigezogen werden sollten. Eine kostenneutrale Lösung sei vorderhand aber kaum möglich, glaubt Eberhard.

Der Einbezug der Kantone, die neuerdings für die IV-Institutionen zuständig sind, wäre durchaus logisch. Längerfristig werden vor allem sie durch die Assistenz entlastet. Laut Fassis-Präsidentin Katharina Kanka ist nämlich zu erwarten, dass dank der Assistenz künftig deutlich weniger Behinderte ins Heim ziehen. „In drei bis vier Jahrzehnten könnten 40 Prozent der Heimeintritte vermieden werden“, schätzt sie. Das entspreche einem Sparpotential von etwa 600 Millionen Franken.

